



15/SN-48/ME

**BUNDES-INGENIEURKAMMER**

An das  
Präsidium des  
Nationalrates

Parlament  
1010 Wien

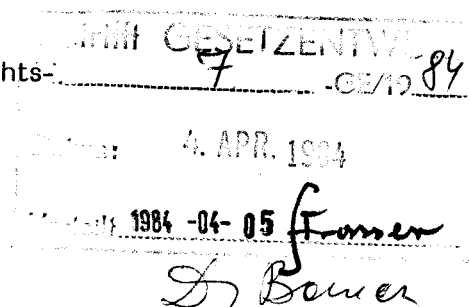
A-1040 · WIEN 4 · KARLSGASSE 9  
TEL. (0222) 65 17 81 - SERIE

**KÖRPERSCHAFT  
ÖFFENTLICHEN RECHTES**

WIEN, den 3. April 1984

G. Z. 249/84

Betr.: Änderungen zum Entwurf eines Strafrechts-  
änderungsgesetzes 1984  
Bundesministerium für Justiz  
GZ 318.002/8-II 1/83



Sehr geehrte Herren!

Unter höflicher Bezugnahme auf das Schreiben des Bundesministeriums für Justiz vom 26. Jänner 1984, GZ 318.002/8-II 1/83 beehren wir uns, in der Anlage 25 Exemplare unserer heute an das Bundesministerium für Justiz gerichteten Stellungnahme zu dem oben genannten Gesetzesentwurf zu übermitteln.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Für den Präsidenten:

(Hofrat Dr. SKROVANEK)  
Generalsekretär

25 BEILAGEN



KOPIE

**BUNDES-INGENIEURKAMMER****A-1040 · WIEN 4 · KARLSGASSE 9  
TEL. (0222) 65 17 81 - SERIE**

An das  
Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7  
1016 Wien

**KÖRPERSCHAFT  
ÖFFENTLICHEN RECHTES****WIEN, den 2. April 1984****G. Z. 249/84**

Betr.: Änderungen zum Entwurf eines Strafrechts-  
änderungsgesetzes 1984  
Zu Zl. 318.002/8-II 1/83

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu den vorgeschlagenen Änderungen des Strafrechts nehmen wir wie folgt Stellung:  
Grundsätzlich erscheinen uns die vorgeschlagenen Änderungen sinnvoll und der  
Rechtsvereinheitlichung dienlich.

Allerdings ist die strenge Bestrafung zwar generell wünschenswert, weil ihre  
Wirkung präventiv sein kann, schießt aber bei Ziviltechnikern über das Ziel, weil  
Ziviltechniker ohnehin neben der strafrechtlichen Verantwortung noch den sehr  
strengen Standesregeln unterliegen. Sollte es sich nämlich bei dem treuwidrigen  
Berater um einen Ziviltechniker handeln, so können bis zu 4 Strafen kumulieren:

- 1.) nach den Standesregeln,
- 2.) etwaige Freiheitsstrafe,
- 3.) etwaige oder zusätzliche Geldstrafe,
- 4.) Rückzahlung bis zum doppelten Betrag der unredlich erworbenen Bereicherung.

Es wäre daher in § 19 a StGB eine diesbezügliche Ausnahmesbestimmung aufzu-  
nehmen, um eine angemessene Bestrafung zu garantieren.

Da im Ziviltechnikergesetz als Folge einer rechtskräftigen strafrechtlichen Verur-  
teilung auch vorgesehen ist, daß die Befugnis des Ziviltechnikers erlischt, ist es für  
die Standesvertretung von großer Bedeutung, Auskunft aus dem Strafregister zu  
erhalten. Dies insbesondere dann, wenn es gilt, dem Verurteilten die Ziviltechniker-  
befugnis wieder zu verleihen.

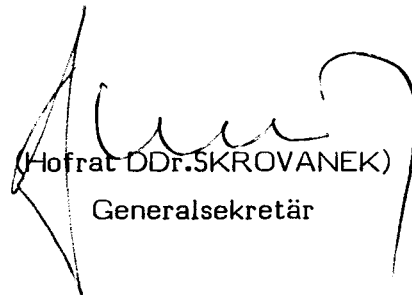
**BUNDES-INGENIEURKAMMER****G. Z.** 249/84**BLATT** 2

Es scheint daher sinnvoll, in § 6 Abs. 1 lit. b des Tilgungsgesetzes eine Ausnahme für diese Fälle vorzusehen.

Wunschgemäß wurden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates unmittelbar zugesandt.

Mit der Bitte um Berücksichtigung und freundlichen Grüßen

Für den Präsidenten:



(Hofrat Dr. SKROVANEK)  
Generalsekretär